



NEWSLETTER MÄRZ 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

nachdem Sigmar Gabriel durch seinen Rücktritt als Wirtschaftsminister sein klägliches Scheitern bei der Energiewende selbst dokumentiert hatte, setzt die neue Ministerin Zypries ebenfalls keine Akzente für eine dezentrale und bürgerfreundliche Energiewende. Zwar stellt ihr Ministerium ein Eckpunktepapier für Mieterstrom vor, doch dieses ist weder abgestimmt noch durchsetzungsfähig innerhalb der Bundesregierung. Streit ist also vorprogrammiert. Keine Durchsetzungskraft zeigt die neue Ministerin auch beim Thema Kohleausstieg. Brigitte Zypries versucht dieses Thema genauso auszusitzen wie ihr Vorgänger. CDU/CSU und SPD verweigern sich hier der Realität des notwendigen Strukturwandels, wie sie es vor Jahren schon bei der Steinkohle getan haben.

Dabei hat die Grüne Konferenz zum Kohleausstieg mit mehreren hundert Teilnehmer*innen gezeigt, wie hochaktuell das Thema ist. Für uns ist klar, dass Deutschland nicht Energiewendeland sein und gleichzeitig Kohliland bleiben kann. Wir haben die Technik, das Knowhow und die Akteure, um die Kohle Schritt für Schritt zu ersetzen. Die grüne Bundestagsfraktion wird den gesellschaftlichen Dialog zum Kohleausstieg deshalb weiter vorantreiben. Auch gegen die Widerstände von anderen Parteien und den Gegnern der Energiewende.

Den Gipfel an Ignoranz bot in den vergangenen Wochen allerdings Bundesverkehrsminister Dobrindt. Die unabhängigen Europajuristen der Bundestagsverwaltung legten in einem 52-seitigen Gutachten dar, dass die PKW-Maut auch weiterhin nicht EU-konform ist. Doch trotz dieser juristischen Zweifel und Berechnungen von Wissenschaftlern, wonach die Maut am Ende mehr kostet als sie einbringt, hält Dobrindt an diesem CSU-Unsinnsprojekt fest. Wir fordern SPD-Kanzlerkandidat Schulz auf, seinen Worten aus der Vergangenheit zur Ablehnung der PKW-Maut nun auch Taten folgen zu lassen. Doch bisher traut weder er sich noch die SPD-Fraktion gegen die Maut aufzubegehren. Damit entlarvt sich der bisherige Maut-Kritiker Schulz selbst.

Doch lesen Sie/ihr am besten selbst mehr über diese und weitere spannende Themen in meinem aktuellen Newsletter.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr/euer
Oliver Krischer

Energie/Umwelt/Klima

- 1. Grüner Aktionsplan Faire Wärme**
- 2. Mieterstrom-Modell kommt viel zu spät**

3. **Ein Torso mit Namen Netzentgeltmodernisierungsgesetz**
4. **So wenig Eis wie nie an Nord- und Südpol -Klimakrise schreibt neuen Negativrekord**
5. **Fukushima – Trauriger Strahlen- und Kosten-Rekord**
6. **Rückblick Grüne Konferenz zum Kohleausstieg**

Agrar/ Ernährung/Verbraucher

7. **Düngegesetz: Agrarindustrie statt Gesundheitsschutz**
8. **Pflanzengift Glyphosat die Stirn bieten**
9. **Grüne wollen Bodenspekulationen beenden**
10. **Grüne fordern Neuorientierung bei Vergabe von Agrargeldern**
11. **Rückblick Grüne Landwirtschaftskonferenz: Vielfalt statt Konzernmacht**

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

12. **Verharmlosungstaktik im Abgasskandal durch Bundesregierung**
13. **Dt. Umwelthilfe ruft zu Protestmails an Dobrindt auf**
14. **Blaue Plakette: Dobrindts blaues Dieselwunder**
15. **Grüner Fünf-Punkte-Plan zur Zukunft der Deutsche Bahn**
16. **Gutachten: PKW-Maut weiter EU-rechtswidrig**

Energie/Umwelt/Klima

1. Grüner Aktionsplan Faire Wärme

Die Energiewende ist in Deutschland bislang in erster Linie eine Stromwende. Dabei entfällt über die Hälfte des Energieverbrauchs und ein Großteil des CO₂-Ausstoßes auf die Wärmeversorgung. Die Fachwelt ist sich einig, dass die Klimaziele ohne den Umbau unserer Wärmeversorgung nicht zu erreichen sind. Mit unserem [Grünen Aktionsplan Faire Wärme](#) zeigen wir, wie der Wärmebedarf deutlich gesenkt und die Wärmeversorgung sozialverträglich auf Erneuerbare Energien und Abwärmenutzung umgestellt werden kann. Deshalb haben wir den Grünen Aktionsplan Faire Wärme vorgelegt.

2. Mieterstrom-Modell kommt viel zu spät

Seit Jahren verhindert die SPD und insbesondere ihr Vorsitzender und Ex-Wirtschaftsminister Gabriel wider jede Vernunft Erzeugung und Verkauf von Strom in Mietshäusern. Damit aber ließe sich die Energiewende in die Städte bringen und Mieter würden direkt von der Energiewende profitieren. Nun plötzlich legt Zypries ein unabgestimmtes Eckpunktepapier vor, das angesichts der knappen Zeit vor Ende der Wahlperiode kaum eine Chance auf Umsetzung hat. Es ist schön, wenn die SPD sich endlich mal Gedanken zu Mieterstrom macht, aber kurz vor den Wahlen ist es nicht mehr als eine reine Show-Nummer, um von der Dauerblockade ihres Vorgängers abzulenken. Wenn die SPD Mieterstrom ernsthaft haben wollte, hätte sie über dreieinhalb Jahre Zeit gehabt, ihn einzuführen. Weitere Infos [HIER](#).

3. Ein Torso mit Namen Netzentgeltmodernisierungsgesetz

In der jetzigen Fassung nutzt der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf zum Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG) niemandem. Von den angekündigten tiefgreifenden Reformen bei den Netzentgelten ist nichts Brauchbares übrig geblieben, außer der Abschaffung der vermeintlichen Netzentgelte - und das ohne eine notwendige Kompensation für die KWK zu schaffen. Kurz gesagt: Die Bundesregierung ist bereits vor Beschlussfassung in Bundesrat und Bundestag gescheitert. Wir Grüne fordern - neben echten Maßnahmen um die Kosten zu senken und zu einer fairen Umlage auf alle Netznutzerinnen und Netznutzer zu gelangen - dass die Streichung der vermeintlichen Netzentgelte zwingend an eine vollständige Kompensation für die KWK-Anlagen gekoppelt wird. Meine Bundestagsrede findet sich [HIER](#).

4. So wenig Eis wie nie an Nord- und Südpol - Klimakrise schreibt neuen Negativrekord

Die mit Meereis bedeckte Fläche war noch nie so gering, wie in diesem Januar. In der Folge verstärkt sich der globale Temperaturanstieg und das führt wiederum zu noch weniger Eis. Gleichzeitig meldet

der Osten Afrikas eine dramatische Dürre, während Kalifornien mit Starkregenfällen und Überschwemmungen kämpft. Die Klimakrise weitet sich aus, doch der Klimaschutz steht weiter nicht auf der Agenda der Bundesregierung. Weitere Infos [HIER](#).

5. Fukushima – Trauriger Strahlen- und Kosten-Rekord

Regelmäßig überprüfen Experten die radioaktive Strahlung des zerstörten Atomkraftwerks Fukushima in Japan. Nun gibt es eine alarmierende Nachricht: An einer Stelle des Reaktors 2 hat die Strahlung bei geschätzten 530 Sievert pro Stunde gelegen. Der bisherige Höchstwert war 2012 gemessen worden. Er betrug damals 73 Sievert pro Stunde. Gleichzeitig verdoppeln sich die Kosten für Entschädigung und Abriss auf 170 Mrd. Euro. Auch diese Schätzung ist nur ein Zwischenstand. Damit ist klar: Wenn sich der Jahrestag von Fukushima in wenigen Tagen jährt, ist klar, dass der Super-GAU nicht bewältigt ist. Und es ist fraglich, ob er jemals bewältigt werden kann – die radioaktive Strahlung verseucht weiterhin die Umwelt. Weitere Infos [HIER](#).

6. Rückblick Grüne Konferenz zum Kohleausstieg

Weit über 200 Teilnehmer*innen diskutierten über das Thema Kohleausstieg auf Einladung der Grünen im Bundestag. Klar für die Kohle-Befürworter und Gegner war, dass der Kohleausstieg kommen wird. Es geht nur noch um das Wie und das Wann. Für die grüne Bundestagsfraktion ist völlig klar, dass Deutschland nicht Energiewendeland sein und gleichzeitig Kohleland bleiben kann. Wir haben die Technik, das Knowhow und die Akteure, um die Kohle Schritt für Schritt zu ersetzen. Die grüne Bundestagsfraktion wird den gesellschaftlichen Dialog zum Kohleausstieg weiter vorantreiben. Weitere Infos zur Veranstaltung [HIER](#).

Agrar/Ernährung/Verbraucher

7. Düngegesetz: Agrarindustrie statt Gesundheitsschutz

An vielen Stellen in Deutschland liegt die Wasserqualität im Argen. Gut 50 Prozent der Messstellen weisen erhöhte Nitratkonzentrationen auf, bei 28 Prozent wird sogar der Grenzwert von 50mg pro Liter überschritten. Der Grund: Stickstoff- und Phosphorüberschüsse aus der industriellen Landwirtschaft. Wer unsere Gewässer vor zu viel Stickstoff und Phosphor schützen will, muss darum vor allem zwei Dinge tun: Gülleströme ordentlich erfassen und Gülleüberschüsse deutlich senken. Umweltministerin Hendricks äußerte sich zwar kritisch, am Ende setzte sich aber einmal mehr Landwirtschaftsminister Schmidt stellvertretend für die Agrarlobby durch, statt auf die Gesundheit der Menschen zu achten. Was eigentlich nötig wäre, um unser Wasser zu schützen, sowie unser Grüner Entschließungsantrag zum Gesetz finden sich [HIER](#).

8. Pflanzengift Glyphosat die Stirn bieten

Bleibt Glyphosat in der EU erlaubt oder wird es verboten? Das soll bis Ende 2017 auf EU-Ebene entschieden werden. Im Januar 2017 haben sich darum zahlreiche Umweltorganisationen aus ganz Europa zusammengetan und die [Europäische Bürgerinitiative \(EBI\) „Stopp Glyphosat“](#) gegründet. Ein starkes Signal zum Auftakt des entscheidenden Glyphosat-Jahres. Wenn bereits vor der EU-Entscheidung die Grenze von einer Million Unterschriften erreicht wird, kann die EU-Kommission das nicht ignorieren. Mehr Infos zu Glyphosat und dem Zulassungsverfahren [HIER](#).

9. Grüne fordern Neuorientierung bei Vergabe von Agrargeldern

Jährlich gehen knapp 50 Mrd. Euro in Europas gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Grüne Minister aus den Ländern sowie die grüne Europa- und Bundestagsfraktion streben nun eine Reform der Vergabe von Agrargeldern zugunsten bäuerlich-ökologisch wirtschaftender Betriebe an. Bisher befördert die GAP vor allem ein industrielles Agrarsystem, in dem über die so genannten Direktzahlungen der ersten Säule vor allem der Besitz von Fläche belohnt wird – die Großen bekommen viel, die Kleinen wenig. Nur etwa 20 Prozent der GAP-Mittel – die so genannte zweite Säule – be- und entlohnen Bauern, die anders und besser landwirtschaften wollen. Auch die Bundesregierung hat in der Vergangenheit dafür

gesorgt, dass ehrgeizige Vorschläge der Kommission immer wieder zu Papiertigern wurden. Das wollen wir ändern. Unser Positionspapier zur Gemeinsamen Agrarpolitik findet sich [HIER](#).

10. Grüne wollen Bodenspekulationen beenden

Nicht nur in der Stadt steigen die Preise teilweise ins Unermessliche, auch auf dem Land ist Boden zu einem Spekulationsobjekt geworden. In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Verkaufswert landwirtschaftlicher Flächen verdoppelt, in den ostdeutschen Bundesländern im Schnitt sogar verdreifacht. Solche Preise sind für normale bäuerliche und ökologische Betriebe nicht realisierbar. Die Folge ist das Wegbrechen der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland sowie fehlende Verfügbarkeit von Land. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen will bäuerliche Betriebe und dafür sorgen, dass junge Menschen, die Betriebe neu gründen wollen, auch die Möglichkeiten haben. Mehr Infos dazu und zu unserem Fachgespräch zum Thema finden sich [HIER](#).

11. Rückblick Grüne Landwirtschaftskonferenz: Vielfalt statt Konzernmacht

Jedes Glied der Lebensmittelkette ist immer fester im Griff einiger weniger Konzerne. Die Gefahr ist groß, dass Konzerne mit ihrer wirtschaftlichen Macht auch ihren politischen Einfluss steigern und die Zukunft unseres Essens – was wir auf den Tisch bekommen und wie es produziert wird – von dominanten Großakteuren bestimmt wird. Das birgt die Gefahr, dass Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz unter Druck geraten. Anlässlich der Internationalen Grünen Woche 2017 lud die grüne Bundestagsfraktion Fachleute sowie Verbraucher*innen in den Bundestag ein, um zu diskutieren, welche Folgen die Marktkonzentration für unser Essen hat und wie wir uns eine alternative grüne Land- und Lebensmittelwirtschaft vorstellen. Die Veranstaltungsdokumentation findet sich [HIER](#).

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

12. Verharmlosungstaktik im Abgasskandal durch Bundesregierung

Im Abgas-Untersuchungsausschuss stand Bundesverkehrsminister Dobrindt Rede und Antwort. Dabei wurde klar: er hält seine schützende Hand über die Automobilindustrie. Statt ernsthafter Aufklärung des Abgasskandals betreibt er weiter Augenwischerei mit Scheinverbesserungen, durch die sich weder die Luftqualität noch für die Verbraucher wesentlich etwas verbessern wird. Auch geladen waren die Ex-Bundesverkehrsminister Tiefensee und Ramsauer, die unisono ein Bild von großer Unkenntnis und Vergesslichkeit zeichneten. Das zeigt, wie sehr Union und SPD das Thema Schadstoffausstoß und Luftreinhaltung – trotz eindeutiger Hinweise auf Missstände - in all den Jahren vernachlässigten. Ex-Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG, Martin Winterkorn, wollte uns zudem weiß machen, er habe nicht gewusst, dass in Fahrzeugen seines Konzerns eine Software verbaut ist, die dafür sorgt, dass die Abgasgrenzwerte im realen Fahrbetrieb nicht eingehalten werden. Mehr Infos zum Abgasskandal finden sich [HIER](#).

13. Dt. Umwelthilfe ruft zu Protestmails an Dobrindt auf

18 Monate nach Aufdeckung des VW-Skandals in den USA stehen alle Hersteller von Diesel-Fahrzeugen mit nachgewiesenen Abschaltvorrichtungen am Pranger. Aktuelle Messungen der DUH zeigen im Winterhalbjahr eine 800-prozentige Überschreitung der Grenzwerte für das Dieselabgasgift Stickstoffdioxid (NO₂) im realen Fahrbetrieb. Doch der zuständige Bundesverkehrsminister Dobrindt denkt nicht daran, die betroffenen Autohersteller zur Einhaltung der Grenzwerte auf der Straße aufzufordern. Um den Druck auf die Verkehrsminister Dobrindt zu erhöhen, hat die DUH eine E-Mail-Aktion gestartet, worin sie Dobrindt auffordert, endlich geltendes Recht von der Industrie einzufordern, damit unsere Gesundheit geschützt wird und betrogene Autokäufer zu ihrem Recht kommen. [HIER](#) kann eine Protestmail an Dobrindt geschrieben werden.

14. Blaue Plakette: Dobrindts blaues Dieselwunder

Weil Dobrindt beim Abgasskandal nichts dafür unternimmt, dass Diesel-Autos vorgegebene Grenzwerte einhalten, bleibt die Schadstoffbelastung in den Städten gesundheitsschädlich hoch. Nachdem Minister Dobrindt sich auch gegen die Blaue Plakette als bundesweite (Not-)Lösung ausgesprochen

hatte, sorgen grün regierte Bundesländer nun dafür, dass sich die Luftqualität wieder verbessert. In Baden-Württemberg hat die Regierungskoalition aus Grünen und CDU darum beschlossen, ab 2018 an Tagen mit hoher Feinstaubbelastung besonders betroffene Straßen für ältere Diesel-Fahrzeuge zu sperren. Wenn es also demnächst Fahrverbote gibt, dann ist das die direkte Konsequenz aus der Untätigkeit des Bundesverkehrsministers. Mehr zu den in Baden-Württemberg beschlossenen Maßnahmen und den gesundheitlichen Folgen von Stickoxid und Feinstaub findet sich [HIER](#).

15. Grüner Fünf-Punkte-Plan zur Zukunft der Deutsche Bahn

Der scheidende Bahnchef Grube hinterlässt einen Scherbenhaufen bei der Deutschen Bahn. Marode Infrastruktur, Schienengüterverkehr auf dem absteigenden Ast, hohe Verschuldung des Konzerns und wenig Klimaschutz. Grubes Nachfolger muss dafür sorgen, dass sich bei der Bahnpolitik der Bundesregierung grundlegend etwas ändert. Da reicht es einfach nicht, sich, wie Verkehrsminister Dobrindt, nur für kostenloses WLAN in Zügen einzusetzen. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat darum einen Fünf-Punkte-Plan für eine starke Bahn aufgestellt. Darin fordern wir eine Bahnreform, überfällige Investitionen in die Infrastruktur, technische Innovationen und digitale Vernetzung des Verkehrs sowie fairen Wettbewerb. Unser offener Brief an Angela Merkel sowie unser Fünf-Punkte-Plan finden sich [HIER](#).

16. Gutachten: PKW-Maut weiter EU-rechtswidrig

Die Europajuristen der Bundestagsverwaltung stellen in einem Gutachten unmissverständlich klar: Die PKW-Maut ist EU-rechtswidrig. Union und SPD im Bundestag und Bundesrat dürfen dem Gesetz daher nicht zustimmen. Auch SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hatte sich in der Vergangenheit skeptisch geäußert. Wir fordern ihn nun auf, Wort zu halten. Wir Grüne finden: Die Dobrindt-Maut reaktiviert Schlagbäume, schadet der Wirtschaft, bringt keine Einnahmen, ist ein Bürokratiemonster, hat keine ökologische Lenkungswirkung und diskriminiert Ausländer. Sie ist kein Beitrag zum Erhalt unserer verfallenden Straßen-Infrastruktur sondern Ausdruck einer Verkehrspolitik der Großen Koalition, die an den tatsächlichen Herausforderungen komplett vorbeigeht. Weitere Infos zum Gutachten [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.